

Zeitschrift: Sprachspiegel : Zweimonatsschrift
Herausgeber: Schweizerischer Verein für die deutsche Sprache
Band: 54 (1998)
Heft: 1

Rubrik: Europa

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Europäische Union: Sprachliche Vielfalt fördern

Die Stadt hiess Babel (Wirrsal), denn «von dort hat der Herr die Sprache aller Welt verwirrt, und von dort aus hat er die Menschen über die ganze Erde zerstreut» (Genesis 11,9). Nach alttestamentlicher Überlieferung setzte Gott mit der babylonischen Sprachverwirrung dem ehrgeizigen Projekt des Turmbaus zu Babel ein Ende, indem die Menschen einander nicht mehr verstanden. So negativ wird die Sprachenvielfalt in der Europäischen Union heute glücklicherweise nicht mehr gesehen, jedoch müssen immerhin elf Amtssprachen die Verständigung von 15 Mitgliedsstaaten in der Union sicherstellen. Der sprachliche Pluralismus ist ein wichtiges Merkmal der europäischen kulturellen Vielfalt, die es zu schützen gilt.

Die Sprachenvielfalt in Europa ist vor allem im Vergleich zu den wirtschaftlichen Hauptkonkurrenten USA und Japan enorm. Über 45 Landes- und Regionalsprachen werden von den 380 Millionen EU-Bürgern gesprochen. Das Phänomen der Sprachenvielfalt und die Entwicklung weltweit vernetzter Informations- und Kommunikationsdienste stehen in einer problematischen Wechselbeziehung zueinander. In einem möglichen negativen Szenario könnten Menschen, die sich in den geläufigeren Sprachen nicht problemlos auszudrücken verstehen, von einer vollen Beteiligung an unserer zunehmend informationsabhängigen Gesellschaft aus-

geschlossen sein. Statt eine Bedrohung für die sprachliche und kulturelle Vielfalt darzustellen, könnten andererseits die Technologien auch zu einer Überwindung der Sprachbarrieren in Europa beitragen, indem sich Geschäftsmöglichkeiten eröffnen, beispielsweise in der Medienindustrie, bei der Dokumentalisierung sowie bei allen Übersetzungstätigkeiten.

Die Wahrung der Sprachenvielfalt ist mit komplexen Herausforderungen verknüpft. So ist die weitere Integration zum Beispiel abhängig vom offenen Zugang zu Rechtsvorschriften und dazugehörigen Schriftstücken für alle Bürger in der jeweils benutzten Sprache. Ein mehrsprachiger Ansatz wird für Bürger und Unternehmen, ungeachtet ihrer Sprache, Chancengleichheit bei der Teilnahme am neuen Informationszeitalter sichern. Auch der Forschung und Entwicklung sowie der Privatwirtschaft fällt bei der Entstehung einer mehrsprachigen Informationsgesellschaft eine wichtige Rolle zu. Die allgemeine und berufliche Bildung quer durch die Kulturen ist von höchster Bedeutung. In allen Phasen des Bildungsprozesses sollte daher eine stärkere Konzentration auf das Erlernen von Sprachen erfolgen.

Das Europäische Parlament sieht die Vielsprachigkeit nicht nur als kulturelles Aushängeschild, sondern als einen unentbehrlichen Bestandteil der Union. Vor allem hat sich das Europäische Parlament dagegen ausgesprochen, dass die europäische Viel-

sprachigkeit der Universalsprache Englisch weiche. Auch die Regional- und Minderheitensprachen sollen im Sinne der Charta des Europarates von 1992 berücksichtigt werden.

Ein mehrjähriges Programm zur Förderung und Kräftigung der sprachlichen Vielfalt in Europa befindet sich im Anfangsstadium. Die finanziellen Mittel sind angesichts der Aufgabenfülle eher bescheiden. Rund 20 Millionen Euros sind vorge-

sehen für vier Aktionsbereiche: Unterstützung des Aufbaus einer Infrastruktur für die Sprachressourcen in Europa; Mobilisierung und Stärkung der Sprachenindustrie; Förderung moderner sprachlicher Hilfen im öffentlichen Sektor durch Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten und schliesslich flankierende Massnahmen, etwa Zusammenarbeit mit Drittländern und mehrsprachigen internationalen Organisationen.

Siegfried Röder (†)

Elsass

Der Zweisprachigkeit gehört die Zukunft

Im Auftrag der Vereinigung «Fier unsri Sprooch» (Haut Comité de référence pour la défense des langues alémanique et francique) hat das Forschungsinstitut ISERICO im Kanton Pfirt (Ferrette)-Sundgau und in zwei angrenzenden Gemeinden eine Meinungsumfrage über das Problem der Zweisprachigkeit im Unterricht durchgeführt.

Die Umfrage betraf insgesamt 52 Gemeinden bzw. 802 Familien mit Kindern unter 12 Jahren. Das Ergebnis ist eindeutig: Die Eltern verlangen eine Intensivierung des zweisprachigen Unterrichts. 75% der befragten Familien sind der Meinung, dass die Beteiligung der Schulverwaltung an der Erweiterung des zweisprachigen Unterrichts gegenwärtig ungenügend ist. Etwa die Hälfte der Befrag-

ten betrachten den paritären Sprachunterricht – das heisst zu gleichen Teilen Elsässisch und Französisch im Kindergarten bzw. Deutsch und Französisch in der Volksschule – als gute Lösung; das bedeutet: die Hälfte dieser Familien – genauer: 48% – würden diesen Unterricht für ihre Kinder bevorzugen, falls die Schulverwaltung bereit wäre, ihn einzuführen.

Die Zustimmung zu einem paritären Sprachunterricht schon im Kindergarten zeigt, welche grosse Bedeutung die Eltern der Zweisprachigkeit für das Fortkommen ihrer Kinder beimessen.

78% der im Sundgau befragten Familien sprechen den kernigen alemannischen Dialekt. 63% der Berufstätigen arbeiten in der nachbarlichen, alemannischen Schweiz. 88% der befragten Haushalte befür-